

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Kristallnacht

Der neue Rabbiner für die jüdischen Gemeinden in der DDR, Isaac Neumann, hat am Montag in einem Gespräch mit der «Berliner Zeitung» (Ost-Berlin) erklärt, die Juden hätten im Nazi-Staat zu wenig Beistand in der Bevölkerung gefunden. Er gedachte der «Kristallnacht» vor 49 Jahren, die letztlich für sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern geendet habe.

SDI geht weiter

Die USA werden nach den Worten des scheidenden amerikanischen Aussenministers Caspar Weinberger auch ohne ihn mit den Forschungsarbeiten für ein atomares Abwehrsystem im Weltall (SDI) weiterfahren. Er sehe keinen Anhaltspunkt dafür, weswegen sein Nachfolger Frank Carlucci das Projekt verzögern oder abblocken sollte. Weinberger sprach mit NBC.

Asylsuchende abgeschoben

Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug hat am Montag berichtet, dass die norwegische Regierung etwa 300 asylsuchende Jugoslawen albanischen Geblüts abgeschoben habe. Es seien wirtschaftliche Gründe angegeben worden. Die Jugoslawen machten für ihre Gesuche die Zustände in der jugoslawischen Republik Kosovo geltend, in der vor allem Albaner leben.

Saouma bleibt im Amt

Der Generaldirektor der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), Edouard Saouma, ist am Montag von der FAO-Konferenz in Rom für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt worden. Der 61jährige Libanese erhielt von den 156 anwesenden Mitgliedern 94 Stimmen.

Waffenmesse in Kairo

Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak hat am Montag in Kairo die 2. Internationale Waffenmesse Kairo eröffnet. Zum 1. Mal wird in Ägypten der neueste amerikanische Panzer M-1 gezeigt, an dessen Lizenzherstellung Kairo Interesse hat.

200 Tote befürchtet

Colombo (spk/dpa) Bei einem schweren Bombenanschlag in Colombo sind am Montag nach Angaben der Polizei möglicherweise über 200 Menschen ums Leben gekommen. Etwa eine gleiche Anzahl von Menschen wurde verwundet. Der Sprengkörper explodierte mitten in der City in der Nähe des Bahnhofes während der Hauptverkehrszeit. Mindestens 20 Autos gingen in Flammen auf. Fliehende Menschenmassen behinderten erste Rettungsarbeiten.

Augenzeugen berichteten, dass allein innerhalb der ersten halben Stunde nach der Bombenexplosion im Geschäftsviertel Maradana über 100 Menschen ins Spital gebracht worden seien. Die Leichen teile seien über die Strasse verstreut gewesen. Nach Schätzungen der Polizei waren rund um den Ort der Explosion etwa 10000 Menschen unterwegs.

Schöner arbeiten mit LISTA



33 Center
A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL. 9488 TRIEBEN
TELEFON 075/2 93 77

Finanzausgleich, Selbstbehalt, Staatsgerichtshof

Übersicht über die Landtagssitzung vom Mittwoch – Insgesamt 11 Traktanden

Der Landtag, der am Mittwoch zu einer weiteren Tagessitzung zusammentritt, hat mit elf Tagesordnungspunkten ein weniger umfangreiches Traktandum als üblich zu bewältigen. Doch handelt es sich vorwiegend um Vorlagen, die einer intensiven Beratung bedürfen. Dazu gehören die Gesetzesvorlagen über die Finanzausgleichsleistungen an die Gemeinden oder die Einführung des Selbstbehaltes bei der Krankenversicherung. Zu einer Debatte wird voraussichtlich auch die Petition gegen das Theater am Kirchplatz führen.

Die Vorlagen über die Änderung des Finanzausgleichs, die Steuerbefreiung von abgasarmen Motorfahrzeugen, die Einführung eines Selbstbehaltes bei der Krankenkasse und die Erhöhung der Mutterschaftszulagen wurden bereits während der letzten Landtagssitzung in erster Lesung durchberaten und stehen nun zur Verabschiedung an. Neue Vorlagen wurden dem Landtag hinsichtlich der neuen Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes, über die Tarife für Rechtsanwälte und Rechtsagenten, über die Anhebung der Ausbildungsbeihilfen sowie über die Ausrichtung von Flächenbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen vorgelegt. Schliesslich hat sich der Landtag mit dem Strassenbauprogramm für das Jahr 1988, mit der Petition gegen das Theater am Kirchplatz und mit einem Nachtragskredit für die Durchführung ei-

ner zusätzlichen Ausmerzaktion für Tiere der Rindviehgattung zu beschäftigen.

Finanzausgleich und Steuerbefreiung

Sowohl die Vorlage über die Änderung des Finanzausgleichs als auch über die Steuerbefreiung für Motorfahrzeuge bei Nachrüstung mit einem Katalysator waren während der ersten Beratung weitgehend unbestritten. Beim Finanzausgleich soll mit einer Änderung der Zuteilungsquote der Finanzausgleich auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden, während gleichzeitig eine Umverteilung von Finanzmitteln von finanzstärkeren auf finanzschwächeren Gemeinden vorgenommen wird. Eine grundsätzliche Neuordnung des komplizierten Ausgleichssystems ist nicht vorgesehen. Durch die Änderung des Steuergesetzes sollen künftig auch mit Katalysatoren nachgerüstete Motorfahrzeuge mit Ende 1989 in den Genuss der Steuerbefreiung kommen. Nach diesem Zeitpunkt möchte die Regierung eine Staffelung der Motorfahrzeugsteuer – mit stärkerer Belastung der Nicht-Kat-Fahrzeuge – in Kraft setzen.

Selbstbehalt und Mutterschaftszulagen

Die vorgesehene Erhöhung der Mutterschaftszulagen war im Landtag unbestritten, so dass zu erwarten ist, dass der Landtag die Regierungsvorlage ohne Änderung verabschiedet. Hingegen stiess

die Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung mit der geplanten Einführung eines Selbstbehaltes auf etwelche Bedenken. Grundsätzlich waren sich die Abgeordneten einig, dass die Krankenkosten stabilisiert oder gesenkt werden sollten, doch über den Weg dazu herrschen noch unterschiedliche Auffassungen. Die Regierung hat dem Landtag zugesichert, bis zur Sitzung vom Mittwoch weitere Entscheidungsgrundlagen oder Abänderungsvorschläge zu unterbreiten. Möglicherweise kommt es zur Bildung einer Kommission.

TaK-Petition und Staatsgerichtshof

Die Vorlagen über die Ausrichtung von höheren Ausbildungsbeihilfen, die Tarife für Rechtsanwälte und Rechtsagenten, die Erhaltung der Magerwiesen, das Strassenbauprogramm 1988 sowie die zusätzliche Ausmerzaktion dürften im Landtag nicht umstritten sein. Hingegen könnte die TaK-Petition und der Gesetzesvorschlag der FBP-Fraktion zur Änderung des Staatsgerichtshofgesetzes eine Debatte auslösen. Der Vorschlag der FBP-Fraktion sieht eine neue Zusammensetzung für den Staatsgerichtshof mit der Integration des Vizepräsidenten in das Richtergremium vor. Nach der Änderung des Gesetzes soll eine Neuwahl des Staatsgerichtshofes stattfinden. (G. M.)

Resolution der Jugend zu Menschenrechten

Abschluss des Seminars über Menschenrechte des Demokratischen Jugendverbandes Europas

Vertreterinnen und Vertreter von 16 europäischen Jugendorganisationen unter der Schirmherrschaft des Demokratischen Jugendverbandes Europas (DEMYC) trafen sich letzte Woche in unserem Land zur Durchführung eines Seminars über Menschenrechte. Zum Abschluss der viertägigen Menschenrechtstagung verfassten die Tagungsteilnehmer eine Resolution, die an die demokratischen Parteien Westeuropas weitergeleitet werden soll.

Den Rahmen der Veranstaltung, die bei den teilnehmenden Jugendverbänden der demokratischen Parteien auf sehr grosses Echo stiess, bildeten Grundsatzreferate über die Menschenrechte an sich sowie über zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte in verschiedenen Ländern.

Der frühere Regierungschef und Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner, der heute als Vertreter Liechtensteins bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strassburg tätig ist, referierte über «Basic Rights», während Prof. Dr. Felix Ermarcora über seine Arbeit im Auftrag der UNO in bezug auf die Situation der Menschenrechte in Afghanistan berichtete. Neben der Darstellung der Situation in Südtirol und auf Cypern berichtete ein Vertreter der Hilfsorganisation Amnesty International über Menschenrechtsverlet-



Die Vertreterinnen und Vertreter des Demokratischen Jugendverbandes Europas (DEMYC) wurden im Rahmen ihres Seminars über Menschenrechte auch auf Schloss Vaduz von S. D. Erbprinz Hans Adam (rechts) empfangen. Links der Vorsitzende der Jungen FBP, Siegfried Elkuch, der die Menschenrechtstagung in unserem Lande organisiert hatte.

zungen in aller Welt und die Strategien zur Verhinderung.

Zum Abschluss der Tagung waren die Tagungsteilnehmer auch auf Schloss Vaduz eingeladen. S. D. Erbprinz Hans Adam zeigte sich erfreut über die Initiative des Demokratischen Jugendverbandes Europas zur Durchführung einer solchen Tagung in unserem Land. Vor allem zeig-

te er sich überrascht über die Teilnahme von Jugendvertretern aus 16 verschiedenen demokratischen Staaten Europas.

Die von den Tagungsteilnehmern ausgearbeitete Resolution zur Verbesserung der Menschenrechte in aller Welt soll zuerst den demokratischen Parteien zugestellt und dann auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Nach Barschel auch Staatssekretär tot

Kiel (AP) Der Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium, Hans Joachim Knack, ist am Montag tot aufgefunden worden. Dies teilte am Mittag ein Sprecher der Landesregierung in Kiel mit. Nähere Angaben über die Todesumstände konnte er zunächst nicht machen. Die SPD hatte am Morgen im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Affäre um den ehemaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel und dessen Medienreferenten Reiner Pfeiffer beantragt, Knack sowie je drei Detektive aus München und Düsseldorf über die vom Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» berichtete Bespitzelung von SPD-Fraktionschef Björn Engholm im September letzten Jahres zu vernehmen.

Knack war 65 Jahre alt. Nach Angaben der Landesregierung erlag der Staatssekretär in den Mittagsstunden im Gebäude des Innenministeriums einem Herzversagen. Inoffiziell hiess es, der Arzt sei am Mittag noch mit der Untersuchung des Toten beschäftigt gewesen.

Der am 22. Juni 1922 in Pommern geborene CDU-Politiker war bereits mehrfach vor dem Untersuchungsausschuss gehört worden. Dabei ging es unter anderem über die Erklärungen Pfeiffers, das Vorleben von schleswig-holsteinischen Politikern der Grünen sei ausgeforscht worden, sowie um die angeblich von Barschel in Auftrag gegebene Beschaffung einer Wanz für sein Diensttelefon, die dann der Opposition in die Schuhe geschoben werden sollte. Knack war von 1965

Schwarz bereit zur Nachfolge Barschels

Kiel-Hamburg (AP) Nach dem Verzicht des Kieler CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben ist jetzt der amtierende Ministerpräsident Henning Schwarz bereit, die offizielle Nachfolge Uwe Barschels als Regierungschef in Schleswig-Holstein anzutreten. In einem am Montag vorab veröffentlichten Interview der «Bild»-Zeitung sagte der bisherige Bundesratsminister wörtlich: «Wenn die Partei mich fragt, werde ich nicht nein sagen.» Aus Parteikreisen verlautete, wenn der am Wochenende mit einem schlechten Ergebnis als früher wieder zum CDU-Landesvorsitzenden gewählte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg nicht selbst antreten wolle, führe wohl kein Weg an Schwarz als Spitzenkandidat für die Neuwahl des Landtags im kommenden Frühjahr vorbei. Barschels ehemaliger Medienreferent Reiner Pfeiffer will, wie sein Anwalt am Montag erklärte, auch weiter nicht vor dem Kieler Untersuchungsausschuss aussagen.

Weiterhin Abwärtstrend an Börsen

Notenbankchefs der Zehner-Clubs tagen in Basel

Hamburg (spk/dpa) Der Kurszerfall an den wichtigsten internationalen Börsen setzte sich am Montag weiter fort. Auch der Dollarkurs befand sich am Montag morgen gegenüber den wichtigsten Währungen weiterhin im Abwärtstrend. Angesichts der Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten treffen sich am Montag und Dienstag die Zentralbankchefs der wichtigsten Industriestaaten zu Beratungen in Basel.

An der Börse in Tokio fiel der Nikkei-Index für 225 führende Werte um 218,64 auf 22 418,37 Punkte. In London, dem wichtigsten europäischen Finanzplatz, sank der Financial-Times-Index für 100 Aktien bei der Eröffnung am Montag morgen um 32 auf 1588 Punkte. Zuvor hatte es jedoch in Hongkong und Sydney

eine Stabilisierung gegeben: Der Hang-Seng-Index war in Hongkong um 25 auf 2139 Punkte gestiegen, der Gesamtindex von Sydney um 13 auf 1251 Punkte.

Der US-Dollar setzte seine Abwärtsbewegung weltweit fort. In Zürich notierte der Dollar am Montag morgen gegenüber dem Franken mit 1,3660.

Am Montag nachmittag tagten die Präsidenten der Notenbanken des sogenannten Zehner-Clubs (elf Mitglieder: USA, Kanada, Japan, Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und die Bundesrepublik). Am Dienstag treffen sich die Präsidenten der Zentralbanken der EG-Länder sowie der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).

Jahresteuerung auf zwei Prozent

Erhöhung des Preisindexes um 0,4 Prozent

Bern (AP) Die Jahresteuerung in Liechtenstein und der Schweiz ist im Oktober wieder auf die August-Marke von 2,0 Prozent gestiegen, nachdem sie im September auf 1,6 Prozent zurückgefallen war und vor Jahresfrist noch bei 0,4 Prozent lag. Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Montag mitteilte, erhöhte sich der Preisindex im Monatsvergleich vor allem wegen höherer Zahnarzt- und Heizölpreise um 0,4 Prozent.

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte damit Ende Oktober den Stand von 110,2 (Dezember 1982 = 100) Punkten. Im Vergleich zum Vormonat verzeichneten alle erfassten Gruppen einen Preisanstieg, die Körper- und Gesundheitspflege um 1,8 Prozent, Heizung und Beleuchtung um 1,4 Prozent, Ver-

kehr um 0,9 Prozent, Nahrungsmittel um 0,5 Prozent sowie Bildung und Erholung um 0,2 Prozent. Bei den Inlandsgütern erhöhte sich das Preisniveau um 0,4 Prozent.



Echte Perser-Teppiche

075 / 3 23 66 Lager
075 / 3 46 23 Privat

Mandana AG Mauren
Besichtigung nach Vereinbarung